Vorabend-Blatt

66. Jahrgang. № 375

Sonnabend, 12. August 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung monatlich M. 50,—, oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich M. 50,—.

Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 32 mm breite Zeile M. 9,—, außerhalb Sachsens M. 11,—. Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 1spaltige An- und Verkäufe 25% Nachlaß. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelpreis des Vorabendblattes M. 1,50.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Wiepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Annahme verzinslicher Bareinlagen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Hinterlegungsstelle von Wertpapieren zwecks Einlösung von Zins- und Gewinnanteilscheinen.
An- und Verkauf fremder Geldsorten.

Dresdner Handelsbank
Aktiengesellschaft
Ostra-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft"

Scheckverkehr.
Einziehung und Ankauf von Wechseln.
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.
Vermietung von feuer- und einbruchsicheren Stahlfächern unter Verschluß des Mieters und Mitverschluß der Bank.

Schlachthofring 7 • Wettinerstr. 56, Großmarkthalle • Eliasplatz 3 • Kaiserstr. 11 • Zweigniederlassung: Bautzen, Theatergasse 8

Moratorium gegen erweiterte Kontrolle.

Die Industrie unter Aufsicht.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

London, 11. Aug. Nach Schluß der Konferenzsitzung am Mittwoch wurde mitgeteilt: Das Moratorium soll Deutschland für 1922 verliehen werden gegen Zulassung einer Kontrolle mit erweiterten Befugnissen. Letztere erstrecken sich nicht allein auf die Staatsfinanzen, sondern auch auf die Beschäftigung der Industrie und den Verbleib des industriellen Gewinns. Der Valutahandel müsse der Spekulation ganz entzogen werden, was durch eine staatliche Vermittlung der fremden Wechselbedürfnisse erfolgen könne. Angeblich soll die Kontrolle sich auch auf neue Anlagen, Bauten usw. erstrecken, die von Staat oder Gemeinde beabsichtigt sind. Es soll Sache der Kommission sein, jeweils das Bedürfnis festzustellen.

Poincarés wahres Ziel.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

London, 11. August. Die Sachverständigen haben Poincarés Pläne abgelehnt, weil sie erstens die Finanzkontrolle, wie sie von dem Komitee vorgeschlagen wurde, für ausreichend erachten und ferner durch Poincarés Ausdehnung der Kontrolle auf den deutschen Außenhandel und die Einkünfte aus diesem, sowie durch die Beteiligung an der deutschen Industrie, Deutschlands Wirtschaftsleben zerstört werde. Die Kontrollkommissionen, welche mit den Beobachtungen in Deutschland betraut würden, kosteten mehr, als an Einkünften für die Alliierten zu erwarten sei. Der „Daily Telegraph" erklärt Poincarés Pläne für eine utopistische Idee, der gewisse politische Absichten beizumessen seien. Worin diese Absichten gipfeln, hat vor einigen Tagen der „Daily Herald" ausgesprochen, indem er betonte, daß Poincaré nicht nach London komme um aufzubauen, sondern um das deutsche Haus ganz zusammenzustürzen.

Ein angeblicher neuer Plan Poincarés.

London, 11. August. Französische Delegierte erklärten Vertretern der Presse, sie hofften, daß von England ein Gegenvorschlag eingereicht werde, der geeignet sei, einen Weg zu einer neuen Konferenz zu bahnen. Als Ort dieser neuen Konferenz, die dann als Fortsetzung der Londoner zu betrachten wäre, käme Brüssel in Frage. Ferner verlautet noch, daß Poincaré damit beschäftigt sei, einen Plan fertigzustellen, den er schon in Paris vorbereitet hatte, ehe die Note Balfours veröffentlicht wurde und auf Grund dessen Frankreich in der Reparationsfrage Opfer bringen, während England seinerseits einen Teil der französischen Kriegsschulden opfern soll. Trotzdem diese Nachricht noch der amtlichen Bestätigung entbehrt, wird sie von diplomatischen Kreisen für sehr wahrscheinlich gehalten.

Die französische Presse über London.

Paris, 10. August. Zur Lage, wie sie heute nachmittag von Paris aus beurteilt wird, schreibt der „Temps": Die französische Regierung hält entschlossen den Grundsatz, den sie aufgestellt hat, aufrecht: **Kein Moratorium ohne produktive Pfänder.** Der Ministerrat beglückwünscht Poincaré für das, was er in London getan hat, und spricht ihm sein Vertrauen aus. „Journal des Debats" meint: Obwohl die halbamtlichen Agenturen in der Nacht noch mehr pessimistische Noten veröffentlicht hätten, scheine seit 24 Stunden ein gewisser Fortschritt zu verzeichnen zu sein. — „Liberté erklärt: Wenn Frankreich nicht untergehen will, bleibt ihm nur ein Ausweg: an die Stelle des Schacherfriedens, den seine Verbündeten ihm aufgezwungen haben, einen **Erobererfrieden** zu setzen. Dann werden unsere Toten nicht umsonst gestorben sein und Frankreich wird den gerechten Preis für ihr Blut und für seine Ruinen erhalten haben. Das fordert Frankreich von dem klaren Willen Poincarés. Wenn es so kommen soll, wird für uns selbst aus unseren großen Irrtümern in der Vergangenheit großes Heil hervorgehen. Im Leben der Völker wie der einzelnen kommt es oft so. — Der Sonderberichterstatter des „Intransigeant" meint dagegen, daß der Bruch da es gestern nicht dazu gekommen, unwahrscheinlich geworden sei, nachdem man es sich jetzt überlegt habe. Zu Journalisten äußerte der französische Innenminister Maunourn nach Schluß des Ministerrates heute mittag, er glaube nicht an einen Bruch.

Die Möglichkeit einer Vertagung.

London, 10. Aug. Gewisse Kreise, die zwar nicht offiziell, aber sonst sehr gut unterrichtet sind, meinen, daß, falls Frankreich seine Forderungen aufrechterhält, sich die anderen Alliierten zusammenschließen werden, um eigene Richtlinien auszuarbeiten. Als möglich wird noch angesehen, daß die Konferenz vertagt wird.

Der Vollzug der Ausweisungen.

Straßburg, 8. Aug. Die Presseabteilung des Generalkommissariats gibt bekannt: Die Ausweisungsmitteilungen beginnen am Freitag, den 11. August, um 8 Uhr und betreffen 500 Personen. Diese verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Bezirke: Departement Hauterhine 100, Basrhine 150, Mosel 250. Die Ausweisungsmaßnahmen müssen bis Sonnabend mitternacht durchgeführt werden. Die Ausgewiesenen werden die Grenze einzeln überschreiten. Es werden keine Züge zusammengestellt. (W. T. B.)

Die Verfassungsfeierlichkeiten in Berlin.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 11. Aug. Die große offizielle Verfassungsfeier, die heute mittag im Reichstag stattfand, hatte auf das Straßenleben Berlins fast gar keinen Einfluß ausgeübt. Nur in den zum Reichstag führenden Auffahrtsstraßen hatten sich kleine Mengen Schaulustiger eingefunden, um Zeuge des militärischen Schauspiels und der

Auffahrt der Minister und des Reichspräsidenten

zu sein. Schutzpolizei hatte die Absperrungen vorgenommen und hielt den Platz, wo die Ehrenkompagnie Aufstellung nehmen sollte, frei. Hier waren zwei große weiße Flaggenmasten errichtet, an denen große schwarz-rot-goldene Fahnen herabhingen. Um ½12 Uhr marschierte die Ehrenkompagnie heran, die sich aus Truppenteilen fast aller deutschen Bundesstaaten zusammensetzte. Offiziere und Mannschaften trugen den Stahlhelm mit dem neu eingeführten kleinen Waffenschild in den Landesfarben. Gleich darauf begann die Anfahrt der Reichsminister an der großen Rampe des Reichstagsgebäudes. Kurz vor 12 Uhr fuhr Reichskanzler Dr. Wirth vor. Punkt 12 Uhr erfolgte die

Ankunft des Reichspräsidenten,

dessen Kraftwagen die Präsidentenstandarte trug. Er wurde vom Reichskanzler und vom Chef der Heeresleitung General v. Seeckt begrüßt. Gefolgt vom Reichskanzler, General v. Seeckt und dem Berliner Stadtkommandanten schritt der Reichspräsident die Front der Ehrenkompagnie ab, wobei die Musikkapelle „Deutschland, Deutschland über alles" intonierte. Mit dem Reichspräsidenten an der Spitze betraten dann die Minister den Reichstag. Im großen Sitzungssaale ging dann die eigentliche Feier vor sich. An der Empore zogen sich Girlanden aus Eichenlaub und Draperien in Reichsfarben entlang. Vom Mittel- und Seitenbalkon hingen die Wappen der Länder und der Hansestädte herab. An der Wand über dem Präsidium war ein großer Reichsadler angebracht und darunter die Worte: „Einigkeit und Recht und Freiheit!" Erschienen waren außer dem Reichsminister die Mehrzahl der Minister der Länder und zahlreiche Angehörige des Reichstags und der übrigen Parlamente. Reichspräsident Ebert nahm in der früheren Hofloge Platz. Zu seiner Rechten saß der Vater der Reichsverfassung Reichsminister a. D. Professor Dr. Preuß. Die Feier wurde mit Beethovens Ouverture eingeleitet.

Aus der Rede des badischen Staatspräsidenten.

Berlin, 11. Aug. Bei der heutigen Verfassungsfeier im Reichstage begrüßte der badische Staatspräsident Hummel den Reichspräsidenten und den Reichskanzler als Badener und überbrachte ihnen den Ausdruck des Vertrauens des badischen Volkes. Er sprach über die Entstehung des badischen Deutschgefühls als natürliches Ergebnis des Verfassungslebens und des Heimatempfindens. Die Stärke des Reichsgedankens in Baden sei zu verstehen aus der Gleichzeitigkeit der Entstehung von Staatsgefühl und Reichsgefühl. Aus diesem Gedanken heraus begrüßte der Staatspräsident die Reichsverfassung vom 11. August 1919 als großartiges Gesetzgebungswerk mit dem Ziele der Aufrechterhaltung der Reichseinheit. Vor allem darin liege ihr seelischer Wert, ihr demokratischer und sozialer Inhalt sei unveräußerliches Gut des deutschen Volkes geworden. Wirtschaftsleben und Geisteswelt seien zum Staats- und Verfassungsleben aus ihrem wohlverstandenen eigenen Bedürfnis heraus hinzuführen. Die Gegensätzlichkeit zwischen den demokratischen Bedürfnissen der Zeit und der politischen Herrschaft der Reaktion habe das alte Reich zerbrochen. Auch das neue Deutsche Reich würde, wenn ein Gegensatz zwischen dem Geiste seiner Verfassung und der Einstellung der führenden Schichten entstände, zugrunde gehen. Daher sei eine Sammlung aller Kräfte, ein Schutz der Rechtsordnung, auch der internationalen Rechtsordnung, nötig. Die erfolgte Verständigung zwischen der bayrischen und der Reichsregierung sei zu begrüßen und ein einmütiges Bekenntnis Süddeutschlands zum Reiche festzustellen. Die Rede schloß mit einem Hoch auf die Republik, das deutsche Volk und Vaterland. (W. T. B.)

Das Ergebnis der Verhandlungen mit Bayern.

Unterzeichnung eines Schlußprotokolls.

Berlin, 11. Aug. Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der bayrischen Regierung wurden heute vormittag in einer Schlußsitzung in der Reichskanzlei beendet. Das Ergebnis wurde in einem Protokoll zusammengefaßt, das für die Reichsregierung vom Reichskanzler Dr. Wirth, für die bayrische Regierung vom Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld gezeichnet wurde. Die Vertreter der bayrischen Staatsregierung sind heute mittag nach München abgereist. Das Protokoll wird dem bayrischen Ministerrat alsbald vorgelegt werden, der die endgültige Entscheidung für Bayern zu treffen hat. Für die Reichsregierung ist die Zustimmung des Kabinetts bereits erfolgt. (W. T. B.)

München, 11. Aug. Trotz strengster Vertraulichkeit, mit der die Verhandlungen in Berlin zwischen Reichsregierung und bayrischer Sonderkommission gepflogen wurden, will eine Berliner Information der „Münchener Neuesten Nachrichten" wissen, daß folgende Punkte Gegenstand der Beratungen waren: 1. Zurückziehung der bayrischen Verordnung. 2. Die Frage der Bildung eines süddeutschen Senats beim Staatsgerichtshof. 3. Weitgehende Ueberlassung des Vollzugs der Schutzgesetze an die Landesjustizbehörden. 4. Enge Zusammenarbeit des Reichskriminalpolizeiamts mit den Landespolizeibehörden. 5. Entweder die Uebertragung der sich aus dem Beamtengesetz ergebenden Disziplinarbefugnisse auf die Landesbehörden oder die Verlegung des Disziplinargerichts oder eines Teiles davon nach München. **Das Reichskabinett wird eine Erklärung zugunsten der Wahrung der den Ländern nach der Weimarer Verfassung zustehenden Hoheitsrechte abgeben.** Vermutlich wird in dieser Erklärung auch zum Ausdruck gebracht werden, daß die Schutzgesetze nach allen Seiten gleichmäßig anzuwenden sind.

Der Grund der Verhaftung Fechenbachs.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

München, 11. Aug. Die Verhaftung Fechenbachs erfolgte wegen dringenden Verdachts des Landesverrates.

Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland?

erfahren wir: Der Kronprinz hat nach wie vor den lebhaften Wunsch, in sein Vaterland zurückzukehren und hat von neuem Schritte unternommen, diesen Wunsch zu verwirklichen. Dem Kronprinzen wird der Aufenthalt auf der Insel Wieringen mit ihrem schlechten Klima und die ihm aufgenötigte Untätigkeit zur Pein, die Sehnsucht nach seiner Familie wird immer stärker, und sein Wunsch, eine produktive Tätigkeit in seinem Vaterlande ausüben zu können, beherrscht ihn ganz. Die deutsche Regierung hat sich bereits einmal mit dem Ersuchen des Kronprinzen beschäftigt und war zur Ueberzeugung gelangt, daß eine Rückkehr nicht verboten, aber auch ein besonderer Schutz dem Kronprinzen nicht gewährt werden könne, wenn er im Inlande weile. Durch den Rathenau-Mord kam die Angelegenheit ins Stocken, und dem Kronprinzen wurde der Rat erteilt, seine Pläne zu vertagen. Der Kronprinz hat in Freundeskreisen versichert, daß er an der neuen Staatsform nicht rütteln werde und nur als Privatmann in Deutschland leben wolle. Besondere Zusicherungen hat die Regierung nicht verlangt. Einer Rückkehr steht nichts im Wege, sie erfolgt aber auf die eigene Gefahr des Kronprinzen. Holland kann, wie die Dinge liegen, den Kronprinzen kaum zurückhalten. Da er kein Staatsgefangener ist, auch England hat kein Recht, die Heimreise aus dem freiwilligen Exil zu verbieten, nur Frankreich würde Schwierigkeiten machen, obwohl auch ihm rechtlich dazu keine Handhaben zur Verfügung stehen. Die deutsche Regierung würde bei einer Rückkehr weder die Entente benachrichtigen, noch dem Kronprinzen Verhaltungsmaßnahmen erteilen. Sie erwartet, daß der Kronprinz völlig als Privatmann, möglichst entfernt von Berlin, lebt und sich politisch nicht betätigt. Sie würdigt die Gründe, die den Kronprinzen zur Heimkehr treiben, würde aber einen nochmaligen Aufschub begrüßen, bis die außenpolitische Lage sich geklärt hat. Die Rückkehr würde also voraussichtlich im Spätherbst erfolgen. Eine Rückkehr des Kaisers ist niemals beabsichtigt gewesen, der Kaiser will in Holland seinen Lebensabend beschließen.

Dollar (Amtlich): 870

Die schwierige Lage des deutschen Maschinenbaues.

Berlin, 10. Aug. Wie die Dena erfährt, hat die Reichsregierung unlängst in einer Kabinettssitzung den Beschluß gefaßt, **die Ausfuhrabgabe bis zu 100 Prozent des gegenwärtigen Satzes zu erhöhen.** Das Kabinett hat einen entsprechenden Antrag an den Ausfuhrabgabeausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates gerichtet. Der Exportindustrie hat sich wegen dieses Beschlusses des Kabinetts eine starke Erregung bemächtigt. So hat der Verein der Deutschen Maschinen-Bauanstalten im Namen der Deutschen Maschinenindustrie an den Reichswirtschaftsrat und den Reichsrat eine Eingabe gerichtet, in der es u. a. heißt: Viele Betriebe, für deren Sonderzeugnisse die Aufrechterhaltung der Ausfuhrmöglichkeiten Lebensbedingung ist, würden durch eine derartige Mehrbelastung aufs schwerste geschädigt werden. Die ausländischen Wettbewerber des Maschinenbaues haben ihre Preise auf dem Weltmarkt sehr weit ermäßigt. Dazu kommt die fortgesetzt steigende Tendenz der Herstellungskosten in Deutschland. Wie schwierig sich die Lage für den deutschen Maschinenbau gestaltet hat, zeigt die Tatsache, daß sämtliche Vertreter, auch die der Arbeitnehmer, im Außenhandelsausschuß der Außenhandelsstelle für Maschinen in der Zwischenzeit eine Herabsetzung bzw. Aufhebung der Ausfuhrabgabe als notwendig erachtet haben.

SLUB
Wir führen Wissen.